

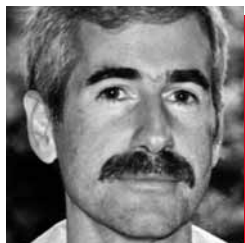
EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN VOM 30. NOVEMBER 2008

Nein zur Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!»

Ohne Verbandsbeschwerderecht kein Gesetzesvollzug

Natur und Landschaft können sich nicht wie Private für ihre Rechte wehren. Deshalb wurde das Verbandsbeschwerderecht geschaffen. Ohne seine präventive Wirkung und Korrekturmöglichkeit würde die Gesetzgebung zum Schutz von Natur und Landschaft nicht eingehalten, wie die Praxis zeigt. Manche Postkartenlandschaft der Schweiz würde in ihrer heutigen Form nicht mehr bestehen. Die faktische Abschaffung des Beschwerderechts durch die Initiative der Zürcher FDP wäre deshalb fatal.

Natur und Landschaft sind ein kostbares Gut, und verletzlich. Der Druck in unserem dicht besiedelten und intensiv genutzten Land auf naturnahe Landschaften und wertvolle Biotop ist



Der Langnauer
Jan Ryser
ist Geschäftsführer der
«Pro Natura» Bern

enorm. Die Vorschriften zum Schutz von Natur und Landschaft sind jedoch nur so gut wie ihre Anwendung. Bei der Erteilung von Bewilligungen durch zuständige Behörden besteht immer die Gefahr, dass die Schutzpostulate unter die Räder kommen, da keine privaten oder wirtschaftlichen Interessen dahinter stehen. Wenn Umweltverbände wie Pro Natura Bern die Möglichkeit haben, Planungen und Bewilligungen, welche rechtswidrig scheinen, mittels einer Einsprache durch eine übergeordnete Behörde oder ein Gericht überprüfen zu lassen, muss eine Bewilligungsbehörde jedoch mit einer Korrektur rechnen und wird seine Entscheide deshalb ausgewogener ausgestalten. Diese wichtige präventive Wirkung würde ohne Beschwerderecht entfallen.

Hohe Erfolgsquote bei Beschwerden der Umweltverbände

Eine bessere Rechtsanwendung ergibt sich auch in den Einzelfällen, in denen eine Einsprache oder Beschwerde eingereicht wurde und Erfolg hatte. In den meisten Fällen geht es dabei um Verbesserungen am Projekt oder der Planung, also um

eine bessere Berücksichtigung der gesetzlichen Schutzanliegen. Die Umweltverbände nutzen das Beschwerderecht als Fürsprecher der Natur jedoch sehr zurückhaltend und gezielt: Nur ein Bruchteil der Einsprachen und Beschwerden stammt von ihnen (bei den Einsprachen rund 1%), aber die Erfolgsquote ist sehr hoch - vor Bundesgericht etwa mehr als dreimal so hoch wie die von Privaten.

Die Initiative will Demokratie und Rechtsstaat gegeneinander ausspielen

Die Initiative der Zürcher FDP will den Organisationen, nicht aber Privaten, verbieten, gegen ein Vorhaben einzusprechen, das in einer Abstimmung oder von einem Parlament (nicht aber von einer Exekutive) angenommen wurde. Sie würde damit auch eine rechtliche Überprüfung von Projektbestandteilen verunmöglichen, die bei einer Abstimmung noch gar nicht bekannt waren, und sie würde ungleiche Spiesse betreffend betroffener Interessen schaffen.

Die Initiative versucht in populistischer Art Demokratie und Rechtsstaat gegeneinander auszuspielen. Sie ist unklar in der Formulierung und der zu erwartenden Anwendung, und sie würde sich schädlich auf Natur und Landschaft auswirken, ohne irgendeinen positiven Nutzen zu bringen. Kein Wunder, ist sie auch in der eigenen Partei höchst umstritten. Deshalb am 30. November ein klares NEIN!

Jan Ryser

Mehr Infos: www.verbandsbeschwerde.ch

Danke für Ihre Spende!

Wie immer in der letzten Ausgabe des Jahres möchten wir Ihnen, geneigte Leserin und geneigter Leser, für Ihr Interesse danken und Ihnen den beigelegten Einzahlungsschein ans Herz legen. Im nächsten Jahr stehen in Langnau Wahlen an, was für uns einen zusätzlichen Finanzaufwand bedeutet. Für die Überweisung Ihres grosszügigen Gönner- und Abonnementsbeitrages mit dem beigelegten Einzahlungsschein auf das PC 30-27704-1 danken wir von Herzen. (Wenn Sie per Bankauftrag oder E-Banking bezahlen, entstehen uns keine zusätzlichen Spesen.)

Ihre links-Macher

Ja zum flexiblen AHV-Alter

Eine bedeutende sozialpolitische Weichenstellung

Im Kredit- und Versicherungswesen beträgt die Früh-pensionierungsquote 51%. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten geht in dieser typischen Hochlohnbranche vor dem ordentlichen AHV-Alter in Pension. Dies ist nicht sonderlich erstaunlich angesichts der hier verbreitet hohen Löhne. Im Gastgewerbe beträgt die



Blaise Kropf

ist Historiker, Gewerkschaftssekretär vpod und Co-Präsident Grüne Kanton Bern, Seit 2002 Mitglied des Grossen Rates

Früh-pensionierungsquote hingegen nur 14%. Im verarbeitenden Gewerbe sind es 22%. Und in der Land- und Forstwirtschaft beträgt die Quote gar nur 8%. Ist es aber gerecht, wenn ausgerechnet Beschäftigte in harten Berufen mit niedrigeren Einkommen - und oft auch verbunden mit einer tieferen Lebenserwartung - deutlich seltener vom frühzeitigen Altersrücktritt profitieren können als in Hochlohnberufen? Die Initiative für ein flexibles AHV-Alter will hier für Abhilfe sorgen.

Was will die Initiative?

Die Initiative sieht vor, dass all jene Anspruch auf eine ungekürzte AHV-Rente ab 62 Jahren haben, die eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben und diese aufgeben. Nichterwerbstätige sind von der Initiative also

ausgeschlossen. Ebenfalls ausgeschlossen sind Personen mit einem Monatseinkommen von über 9180 Franken. Denn in diesen Einkommens-kategorien bestehen andere Möglichkeiten zur Finanzierung des frühzeitigen Altersrücktritts. Die Initiative ermöglicht also eine gerechte Lösung mit Augenmass.

Anständige Lösung statt ausrangieren!

Heute stimmt die Realität auf dem Arbeitsmarkt immer weniger mit der offiziell proklamierten AHV-Politik überein. Im Alter von 60 Jahren sind nur noch drei von vier Arbeitnehmenden erwerbstätig. Im Alter von 64 ist es nur noch jeder zweite. Viele dieser nicht mehr Erwerbstätigen sind arbeitslos, oft ausgesteuert, oder sie wurden zwangsweise früh-pensioniert. Andere sind nach einem harten Berufsleben krank. Statt diese Menschen aus dem Arbeitsleben auszurangieren, bringt die Initiative für ein flexibles AHV-Alter eine würdige Lösung.

Was kostet die Initiative?

Die Kosten für die Initiative sind gering. Dank der solidarischen Finanzierung der AHV beträgt der zusätzliche Finanzierungsbedarf zur Realisierung des flexiblen Altersrücktritts bei einem Durchschnittseinkommen 6.50 Franken pro Monat. Das sind umgerechnet 20 Rappen pro Tag. 20 Rappen pro Tag - soviel ist uns eine bedarfsgerechte, moderne AHV wert.

JA am 30. November 2008

Zusammenfassend: Die Initiative ist gerecht, weil sie Normalverdienenden bei Bedarf einen frühzeitigen Ruhestand gönnt. Die Initiative ist massvoll, weil sie die Verbesserungen auf den Bereich der tieferen und mittleren Einkommen fokussiert. Und die Initiative ist flexibel, weil sie statt eines starren Rentenalters flexible Lösungen zwischen 62 und 65 Jahren ermöglicht. Deshalb braucht es am 30. November ein Ja zur Initiative für ein flexibles AHV-Alter.



«Ich möchte mich pensionieren lassen, so lange ich gesund bin.»

Ja zur Hanfinitiative

Für bessere Kontrollen – Gegen Kriminalisierung

Heute ist der Konsum von Cannabis verboten. 600'000 SchweizerInnen kiffen trotzdem: Das Verbot ist offensichtlich wirkungslos. Aber gerade weil Kiffen Risiken hat, muss der Staat Leitplanken setzen und den Cannabismarkt kontrollieren. Die Erfahrung weltweit zeigt: Eine reine Verbots-politik führt nicht zu mehr Abstinenz, sondern zu mehr Kriminalität und weniger Kontrolle. Die Hanf-Initiative stoppt die Kriminalisierung und fördert einen vernünftigen Umgang mit der Substanz Cannabis.

Für den Schutz der Gesundheit – Gegen Schwarzmarkt

Die starke Repression gegen den Cannabis-Kleinhandel nützt vor allem den gut organisierten Dealerbanden. Bei einem geschätzten Umsatzvolumen von einer Milliarde Franken pro Jahr, gehen dem Fiskus hunderte Millionen an Steuereinnahmen verloren. Cannabis muss heute am gleichen Ort gekauft werden wie harte Drogen. Gleichzeitig gefährdet mit Glassplittern und Pestiziden verunreinigter Schwarzmarkt-Hanf die Gesundheit der oft jugendlichen Kiffer. Die Hanf-Initiative ermöglicht Konsumentenschutz und eine Deklarationspflicht für Herkunft, Sorte und THC-Gehalt der Hanfprodukte.

Für die effiziente Verwendung von Steuergeldern

Heute verliert der Staat Steuermillionen an Drogen-dealer und investiert gleichzeitig Millionen für die Sisyphusarbeit von Polizei und Justiz, die einfache Konsumenten verfolgen müssen statt sich auf illegale Grosshändler konzentrieren zu können. Jährlich werden rund 30'000 Personen wegen Cannabisbesitz verurteilt. Mit der Hanf-Initiative können diese Gelder wirkungsvoll in die Prävention investiert werden.

Für klare Regeln - Gegen Willkür

Die Hanf-Initiative will Erwachsenen den straffreien Hanfkonsum ermöglichen, Jugendlichen nicht. Dank der klaren Regelung wäre Schluss mit der heutigen

Rechtsunsicherheit und der kantonalen Willkür. Die Botschaft an die Jugendlichen bleibt eindeutig: Vor dem 18. Geburtstag wird Kiffen nicht toleriert. Die Hanf-Initiative schafft Klarheit.

Für eine starke Prävention und Hilfe bei Problemen

Natürlich kann Cannabiskonsum die Gesundheit gefährden - genauso wie fette Speisen, gefährliche Sportarten oder ungeschützter Sex. Darum gilt es, Leitplanken zu setzen, die gefährlichen Konsum zu verhindern versuchen. Dazu braucht es nicht Verbot, Tabuisierung und Totschweigen, sondern klare Regeln, wer wo Cannabis kaufen kann. Nötig ist zudem eine starke Präventionskampagne via Medien, Schulen, Betriebe und Freizeitangebote. Denjenigen, die Probleme mit Cannabis haben, ist mit einem Verbot und dem Abdrängen in die Illegalität nicht geholfen. Vielmehr brauchen sie funktionierende Früherkennungsnetzwerke, die anstatt nur zu bestrafen wirklich auf ihre Probleme reagieren können. Starke Prävention und wirkungsvolle Hilfe wird mit Annahme der Initiative möglich.

Quelle: SP Schweiz

Für eine vernünftige Hanf-Politik:

- Wirksamer Jugendschutz
- klare Leitplanken
- Qualitätskontrolle
- Medizin für Kranke
- Nachhaltiger Rohstoff

JA zum Hanf, der vielseitigsten Pflanze der Welt!

Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz
Pour une politique raisonnable en matière de chanvre protégeant efficacement la jeunesse

30.11.2008

JA OUI SI

www.hanfinitiative.ch

Abstimmungsempfehlungen der SP Langnau

BUND

Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»

Ja

Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»

Ja

Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!»

Nein

Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»

Nein

Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

Ja

KANTON

Wahlkreisreform 2010
– Verfassungsänderung

Ja

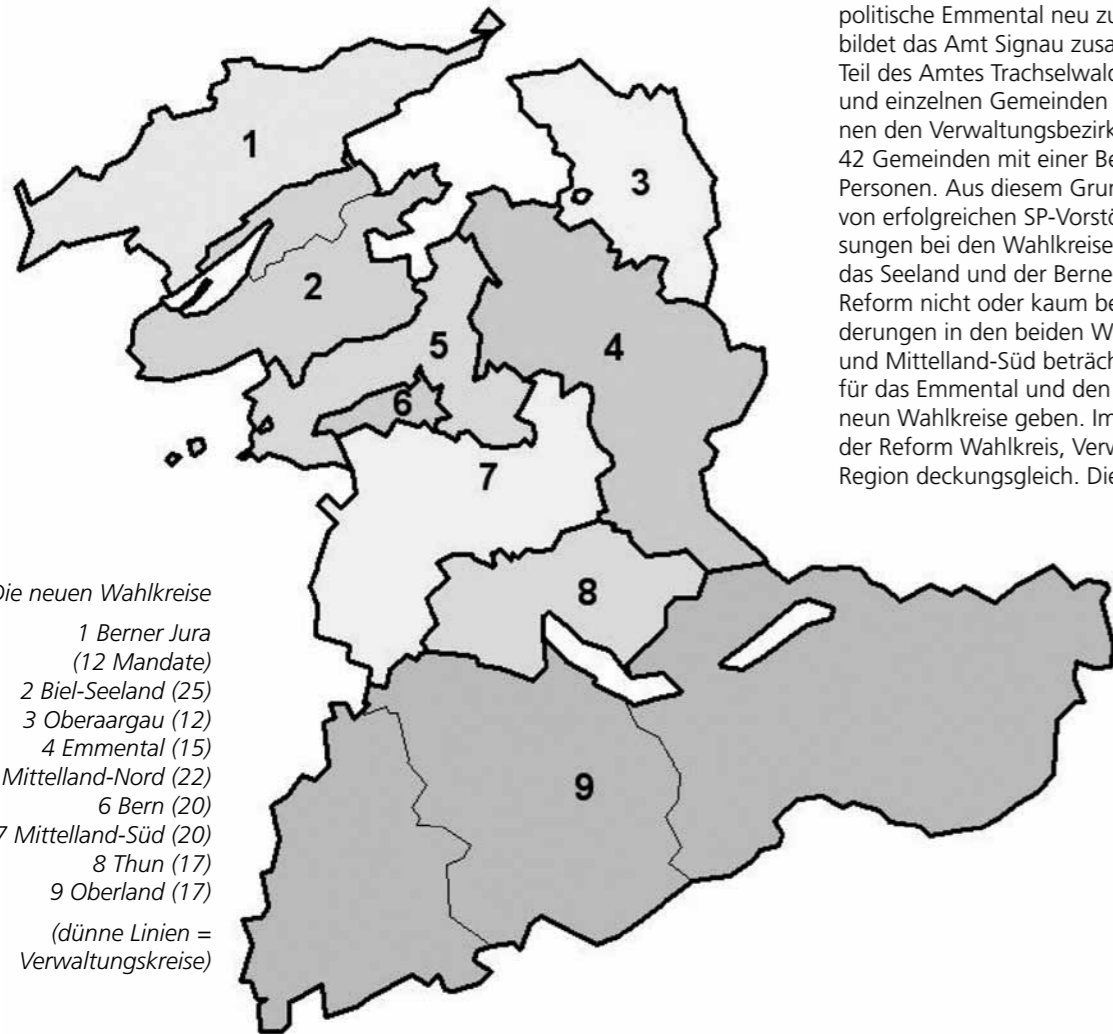
– Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Ja

15 Grossratsmandate im neuen Wahlkreis Emmental

Bezirksreform, Justizreform, Wahlkreisreform I, Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit, Wahlkreisreform II: So heissen all die Vorhaben, welche auf kantonaler Ebene in den letzten Jahren erfolgreich vorangetrieben wurden. Die neue Wahlkreiseinteilung, über welche Ende November abgestimmt wird, dürfte für längere Zeit Gültigkeit haben.

Fast 200 Jahre waren die Amtsbezirke Mass aller Dinge im Kanton Bern. Nun verschwinden sie endgültig.



tig. Bis ins Jahre 2002 erfolgten die Wahlen in den bernischen Grossen Rat immer in den Amtsbezirken. Das Amt Signau und das Amt Trachselwald bildeten dabei einen Wahlkreisverband. Vor sechs Jahren hiesien die Stimmberechtigten eine Wahlkreisreform mit acht Wahlkreisen für den Kanton gut. Der Wahlkreis Emmental wurde aus den Amtsbezirken Signau, Trachselwald und Konolfingen gebildet. Im Zuge der Bezirksreform und der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) wurde das politische Emmental neu zusammengesetzt. Ab 2010 bildet das Amt Signau zusammen mit dem westlichen Teil des Amtes Trachselwald sowie dem Amt Burgdorf und einzelnen Gemeinden aus dem Amt Fraubrunnen den Verwaltungsbezirk Emmental. Dazu gehören 42 Gemeinden mit einer Bevölkerung von 91'000 Personen. Aus diesem Grund erfolgen nun aufgrund von erfolgreichen SP-Vorstössen nochmals Anpassungen bei den Wahlkreisen. Während das Oberland, das Seeland und der Berner Jura von der neuerlichen Reform nicht oder kaum betroffen sind, fallen die Änderungen in den beiden Wahlkreisen Mittelland-Nord und Mittelland-Süd beträchtlich aus. Das Gleiche gilt für das Emmental und den Oberaargau. Neu soll es neun Wahlkreise geben. Im Emmental wären nach der Reform Wahlkreis, Verwaltungskreis und SARZ-Region deckungsgleich. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Der neue Wahlkreis Emmental wird voraussichtlich 15 Sitze beanspruchen können. Im Grossen Rat unterstützten SVP, FDP, SP und am Schluss auch die Grünen die Reform, während sie von den kleinen Parteien (EVP, EDU und CVP) abgelehnt wurde. Diese votierten für deutlich grössere Wahlkreise, scheiterten aber mit ihren Anliegen ganz klar.

Bernhard Antener

Bezirks- und Justizreform

Arbeitsplätze für Langnau

Die vor einigen Jahren beschlossene Bezirksreform kommt nun in die Umsetzungsphase: Der Regierungsrat hat kürzlich beschlossen, an der Einführung per 1. Januar 2010 festzuhalten. Auf diesen Zeitpunkt wird der Verwaltungskreis Emmental ins Leben gerufen. Sitz des neuen Regierungstatthalteramtes Emmental ist Langnau. Die Wahl des künftigen Regierungstatthalter bzw. der Regierungstatthalterin findet im Mai 2009 statt. Mit der Bezirksreform wird die Dienststelle Langnau des Betreibungs- und Konkursamtes nach Langenthal zügeln. Langnau erhält

aber zusätzliche Arbeitsplätze durch die Ansiedlung des Zivilstandsamtes und des Passbüros für den Verwaltungskreis Emmental. Diese Reform sollte ebenfalls Ende 2009/Anfang 2010 vollzogen werden. In einem letzten Schritt wird dann noch die Justizreform umgesetzt. Künftig gibt es nur noch die Gerichtsorte Bern, Thun, Biel und Burgdorf. Die Arbeitsplätze des Langnauer Gerichtes werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2011 nach Burgdorf verschoben.

Bernhard Antener

Das Langnauer Parlament ist lernfähig

Der Holz-Wärmeverbund ist einen grossen Schritt weiter: Mit SP-Unterstützung bewilligte der Grosse Gemeinderat einen Kredit von rund einer halben Million Franken für den Anschluss von elf Gemeindefliegenschaften. Im zweiten Anlauf macht Langnau nun auch beim Hauslieferdienst mit. Nachdem sich vor Jahresfrist nur die SP für diese Dienstleistung stark gemacht hatte, zeigte sich das Parlament lernfähig. Erfolgreich war SP-Parlamentarier Martin Wüthrich mit seinem Vorstoss für die Sanierung und Umgestaltung der Oberfeldstrasse in eine Tempo 30-Zone. Gegen den Willen des Gemeinderates überwies der Grosse Gemeinderat die Forderung in der verbindlichen Form einer Motion.

Die Abklärungen nahmen viel Zeit in Anspruch, doch nun wird es mit dem Holz-Wärmeverbund in Langnau konkret. Nachdem der Grosse Gemeinderat an seiner Oktober-Sitzung einem Kredit von 495'000 Franken für den Anschluss von elf Gemeindefliegenschaften (u.a. Verwaltungsgebäude Halden- und Alleestrasse, Schulhäuser Oberfeld, Sek und Höheweg, Heimatmuseum, Werkhof und Kupferschmiede) mit nur einer fdp-Gegenstimme zugestimmt hat, soll noch im November das Baugesuch für die Zentrale im Werkhof eingereicht werden.

Elektro Baselland als Contractor

Für die Realisierung kommt ein Contracting-Modell zur Anwendung. Die Planung, der Bau, der Betrieb, die Wartung und die ganze Finanzierung der Energieversorgungsanlage ist Sache der Elektro Baselland (ELB). Jeder Anschlusswillige schliesst mit der ELB einen Wärmelieferungsvertrag ab. Der Wärmepreis setzt sich aus einem jährlichen Grundpreis und einem Arbeitspreis für die bezogene Wärme zusammen. Die ELB rechnet damit, die ersten Kunden Ende 2009 mit Wärme aus der neuen Anlage bedienen zu können. Die produzierte Energie mit 12'000 m³ Holzschnitzeln beläuft sich auf rund 10.5 Mio kWh. Die Leitungslängen dürften 4 Kilometer betragen, und bisher geht man vom Anschluss von 120 Objekten aus. Auch wer

bisher noch kein Interesse gezeigt hat, kann immer noch einen Anschluss seiner Liegenschaft ins Auge fassen, sofern diese im Einzugsgebiet der Fernleitungen liegt.

Im zweiten Anlauf beim Hauslieferdienst dabei

Vor einem Jahr wurde der Hauslieferdienst von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit weder als notwendig noch als dringlich bezeichnet. Zudem erschien die Idee als suspekt, da sie von Burgdorf her kam. Der Budgetbetrag von 50'000 Franken wurde einzig von der SP unterstützt. Für dieses Verhalten erntete Langnau viel Spott. In der BZ titelte Susanne Graf „Ziemlich provinziell“ und schrieb in ihrem Kommentar, Langnau benehme sich wie eine kleine Gemeinde weitab in einem abgelegenen Tal. Im zweiten Anlauf hat es nun geklappt: Das Parlament hiess einen Antrag von Martin Hofer (fdp) für die Aufnahme von 36'000 Franken ins Budget einstimmig (!) gut. Damit können in Zukunft auch zwei Langnauer Arbeitslose von diesem Beschäftigungsplätzen profitieren.

Oberfeldstrasse soll sicherer werden

Im letzten Dezember wollte das Parlament von der Einführung einer Begegnungszone im Dorfkern und von Tempo 30-Zonen in den Wohnquartieren nichts wissen. Im damaligen Vorhaben wäre für die Oberfeldstrasse eine Tempo 30-Zone vorgesehen gewesen. An der letzten GGR-Sitzung verlangte der SP-Parlamentarier Martin Wüthrich mit einer Motion die Sanierung und Umgestaltung der Oberfeldstrasse in eine Tempo 30-Zone. Dies sollte nach seinem Willen gleichzeitig mit den Grabarbeiten für den Wärmeverbund passieren. Das Parlament liess sich von Wüthrichs Argumentation überzeugen und unterstützte den Vorstoss gegen den Willen des Gemeinderates sogar in der zwingenden Form einer Motion. Damit konnte die SP nach der herben Niederlage im letzten Dezember beim Thema Verkehrssicherheit wenigstens einen Teilerfolg feiern.

Klaus Müller

Gemeindewahlen 2009

KandidatInnen gesucht

Mit rund 130 eingeschriebenen Mitgliedern und mindestens ebenso vielen SympathisantInnen ist die SP Langnau die linke Alternative zu der bürgerlichen Mehrheit im oberen Emmental. In Langnau stellen wir den Gemeindepräsidenten, drei von neun Exekutivmitgliedern und dreizehn von vierzig Mitgliedern im Parlament. Unser WählerInnen-Anteil beträgt regelmässig gut 30 Prozent. Am 1. November 2009 finden in Langnau Gemeindewahlen statt. Die SP wird alles daran setzen, Ihren WählerInnenanteil mindestens zu halten bzw. auszubauen.

Ich interessiere mich für eine Kandidatur für:

den Gemeinderat

den GGR

die _____-Kommission

Einsenden an:
Barbara Maurer-Kiener
Zürcherstrasse 10a
3550 Langnau

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Tel. _____



Bis in den Frühherbst 2001 grinsten uns die beiden in regelmässigen Abständen aus fast allen helvetischen Tageszeitungen entgegen. Beim befreundeten Duo handelte es sich um Martin Ebner, seines Zeichens erfolgreicher Börsenspekulant und um (noch nicht) Bundesrat Christoph Blocher. Sie traten zusammen an den Generalversammlungen der grössten Schweizerbank auf

Erinnerungsfoteli

und fuhren dort Nikolaus Senn, dem obersten Chef der Schweizerischen Bankgesellschaft an den Karren - zum Beispiel mit dem Anwurf: «Ein erfolgreicher Banker habe sich für die stete Gewinnmaximierung seines Finanzinstitutes einzusetzen und nicht über die Mitverantwortung gegenüber der Volkswirtschaft zu philosophieren.» Dann kam der 11. September 2001. Die Aktienkurse fielen weltweit. Ebner musste durch die Zürcher Kantonalbank vor dem Ruin gerettet werden. Viele Kunden, die dem «Wertpapierjongleur» ihr Geld anvertraut hatten, strichen erhebliche Summen ans Bein. Ebner war für Blocher von nun an kein enger Mitstreiter, sondern nur noch «ein entfernter Bekannter» mit dem er sich wohlweislich nicht mehr gemeinsam ablichten liess.

Dafür schwang der «Albisgüetli-Guru» vor wenigen Jahren an der Hochzeit von UBS-Chef Marcel Ospel wacker das Tanzbein. Sicher hatte Blocher an diesem Freudentag kaum Kritik an den übersetzten Managerhonoraren und der allzu riskanten Geschäftsstrategie der Grossbanken geübt. Der Schmusekurs der bürgerlichen Parteien gegenüber den schweizerischen Finanzplatzhirschen ist erklärbar: Mittlerweile weiss man, dass vorab die SVP aber auch die FDP und CVP seit längerem Riesensummen von Seiten der UBS und der CS entgegennehmen durften. Man kann hier füglich von einer Schmiergeldaffäre reden!

Marcel Schneider

RICHTIG LANGNAU

Tom für Tom im GGR

Auf Utzinger folgt Schilt



Thomas Utzinger

Nach sechs Jahren hat unser jüngstes GGR-Mitglied Thomas Utzinger aus gesundheitlichen Gründen seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Tom, wir verlieren eine wichtige Stimme, insbesondere in Energie- und in Jugendfragen. Immer wieder hast Du mich beeindruckt als stiller Schaffer, dem Sachpolitik definitiv wichtiger ist als blinde Parteitreu. Herzlichen Dank für dein grosses Engagement und alles Gute für die Zukunft!

Nachfolger wird Thomas Schilt, der sich seit einiger Zeit im Vorstand engagiert. Tom, wir heissen Dich herzlich willkommen und wünschen Dir viel Freude im neuen Amt.

Klaus Müller



Thomas Schilt

RICHTIG BERN

Finanzkrise

Die Berner Regierung handelt vorausschauend

Der rot-grüne Berner Kantonsrat macht vor, wie politisch die Pflöcke eingeschlagen werden müssen: Der Regierungsrat des bezüglich Fläche und Einwohnerzahl zweitgrössten Kantons hat aufgrund einer breiten Auslegung rasch erste Beschlüsse gefasst. Die Regierung will einen vorgezogenen Ausgleich der Teuerung auf den Löhnen und beantragt dem Kantonsparlament rückwirkend auf 2008 eine einmalige Senkung der Steueranlage. Der Regierungsrat beweist damit finanz- und wirtschaftspolitische Kompetenz und reagiert auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten, die auch am Kanton Bern nicht spurlos vorbeigehen.

Leider haben die vom Regierungsrat Ende August 2008 präsentierten Zahlen des Voranschlags 2009 sowie des Finanzplanes 2010 bis 2012 nur noch begrenzt Gültigkeit: Die tobenden Finanzmärkte treffen auch den Kanton Bern. Auf diese Entwicklung hat der rot-grüne Regierungsrat rasch und besonnen reagiert und vorausschauend gehandelt: Die von ihm gefassten Beschlüsse zeugen von Verantwortungsgefühl und setzen nicht auf das Prinzip Hoffnung, mit welchem bürgerliche Vorstösse an der Steuerfront für die Jahre 2009 und 2010 überrissene Forderungen stellen und den Kanton Bern in ein neues Schuldenwachstum treiben wollen. In Erwartung schwierigerer Zeiten unterstützt die SP des Kantons Bern deshalb die regierungsrätliche Haltung. Die Regierung nutzt den im Rechnungsjahr 2008 aufgrund der Hochrechnung absehbaren finanziellen Spielraum geschickt aus: Mit dem vorgezogenen zusätzlichen Lohnsummenwachstum von 0.5 Prozent bereits im Jahre 2008 wird der Teuerungsentwicklung besser Rechnung getragen. Die einmalige Senkung der Steueranlage für 2008 um einen Steuerzehntel (Senkung der Kantonssteuern um 3.3 Prozent) reduziert die Einnahmen zwar um 140 Millionen Franken, gewährleistet

aber weiterhin den Schuldenabbau um mindestens 100 Millionen Franken. Mit seinen Massnahmen setzt der Regierungsrat in einer schwierigen Zeit sowohl finanz- wie auch wirtschaftspolitisch ein wichtiges Zeichen zur Stärkung der Kaufkraft. Die SP des Kantons Bern erachtet die vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Eventualplanung für den Voranschlag 2009 als richtig. Sie erwartet aber, dass Einschnitte mit Augenmass getätigt werden. Zudem fordert sie, dass an den ab 2009 vorgesehenen und für die ganze Finanzplanperiode geplanten deutlich erhöhten Bruttoinvestitionen von je rund 1.2 Milliarden Franken pro Jahr als konjunkturstützende Massnahmen festgehalten werden. Diese Investitionen sichern Arbeitsplätze und schützen die reale Wirtschaft.

Bernhard Antener
Vizepräsident SP-Fraktion

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

sucht zur Verstärkung des Redaktionsteams ab sofort

HobbyjournalistInnen

für regelmässige Mitarbeit bei der Herausgabe unserer Parteizeitung.

Anforderungsprofil: Freude am Schreiben und ein Herz, das links schlägt.

Weitere Auskünfte bei Klaus Müller 079 699 40 64 oder einem Vorstandsmitglied (s. letzte Seite)

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN **SCHRÄNKE**
VORHÄNGE **BODENBELÄGE**

PARKETT RENOVATION
PARQUETIER
MARKUS WETTSTEIN

Dorfstrasse 4 3550 Langnau
Tel. 034 402 57 51
Fax. 034 402 57 53

AbraKadabra Treuhand
Buchführung, Revision, Beratung und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen, insbesondere für Nonprofit-Organisationen

RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

GÄRTNEREI IJLFISBRÜCKE
BLUMENBINDEREI GARTENUNTERHALT

Annerös Hauser
Hanspeter Zaugg
Burgdorfstrasse 5
3550 Langnau i.E.
Telefon 034 402 13 00

Geniessen in den stimmungsvollen Räumen oder auf der Terrasse unter den Kastanienbäumen - z.B. die attraktiven, saisonalen Gerichte aus naturgerechten Produkten der Region.

Fünf charmante, ruhige Doppelzimmer mit Südsicht für entspannende Aufenthalte oder Aktivferien.

Marianne Kühni und Thomas Linder
3555 Trubschachen • 034/495 70 00
www.baereggahoehle.ch • Geöffnet Mi - So

Schürch Massivmöbel
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch

Massivmöbel aus eigener Werkstatt

AURO
NATURFARBEN
Regeneraläger

DIE GEWERKSCHAFT
Tel. 034 402 78 41
Fax 034 402 78 42
langnau@unia.ch

Renato Stauffer
Güterstrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 409 89 89

Getränkecenter

stauffer

Beschwerde-Recht für die Natur abschaffen

30. November

Nein



«Das Verbandsbeschwerderecht ist eines der wichtigsten Mittel, damit die geltenden Gesetze auch eingehalten werden.»

Bernhard Antener, Langnau, Gemeindepräsident, Grossrat



Komitee «Beschwerde-Recht abschaffen NEIN», Schwarzenburgstrasse 11, 3007 Bern, www.verbandsbeschwerde.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident/Grossrat

Verena Gertsch
Oberstrasse 54
3550 Langnau
Tel. 034 402 51 93
verena.gertsch@bluewin.ch
Öffentliche Sicherheit/Verkehr

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser GemeinderatKommission/GremiumTelefon Mail

Barbara Dubach		034 402 84 44	barbara.joflo@bluewin.ch
Andreas Eggimann		034 402 33 48	abeggi@bluewin.ch
Hannes Kobel	Fraktionsleitung	034 402 75 87	quattroko@datacomm.ch
Susanne Kölbli	Finanzkommission	034 402 73 00	susanne.koelbli@dorfberg.ch
Daniel Liniger	Geschäftsprüfungskomm.	034 402 52 17	daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Barbara Maurer	Sekundarschulkommission	034 402 55 20	maurerbarbara@bluewin.ch
Reto Mettler	Kulturkommission	034 402 24 35	reto.mettler@zapp.ch
Klaus Müller	2. Vizepräsident GGR	034 402 18 77	muedi@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	GPK	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Brigit Schuler Frank	Umweltkommission	034 402 26 52	br.schuler@gmx.ch
Tom Schilt	Vorstand	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Martin Wüthrich	Sportkommission	034 402 86 20	martin.wuethrich@rs-e.ch

Partei Vorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Barbara Maurer	Beisitzerin, Frauenanliegen	034 402 55 20	maurerbarbara@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnenbetreuerin	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan-wuethrich@bluewin.ch
		034 402 78 41	langnau@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	------------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.
Auflage: 1300 Ex.
Redaktion: Klaus Müller, ständige
AutorInnen: Bernhard Antener,
Marcel Schneider
Fotos: zvg
Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Do 13. Nov	19.30 Uhr, Sektionsversammlung, Tagesschule Oberfeld
Mi 26. Nov	19-21.30 Uhr, kant. Parteitag in Bern
So 30. Nov	Abstimmungen
Mo 1. Dez	Fraktion
Mo 8. Dez	GGR (Nachmittagssitzung)

WIR GRATULIEREN

2. Dezember *Affolter Rösi (90)*
24. Dezember *Schären Walter (89)*
26. Januar 09 *Schöni Werner (83)*

Wir gratulieren den JubilarInnen ganz herzlich und wünschen
ihnen für die Zukunft alles Gute und gute Gesundheit.

Der Vorstand

